



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886090

P/XIII/170 - 31. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2a	Der Urteilsspruch von Karlsruhe Der Kampf gegen den Atomtod geht weiter	58
2 - 3	Der Nebel um den Gipfel Londoner Zweifel an Verständigungsmöglichkeiten	71
4 - 6	Der Schuss aus den eigenen Reihen Kabinetts Meyers - Club der Industrieanwälte	72
6 - 7	"Ostseerundfahrt" Die Zone bleibt den Reisenden verschlossen	50

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

### Der Urteilspruch von Karlsruhe

sp - Die deutsche Sozialdemokratie als eine verfassungstreue und den Staat mittragende Säule respektiert den Urteilspruch des höchsten deutschen Gerichtes. Volksbefragungen über die Atombewaffnung, die von den Stadtstaaten Hamburg und Bremen und einigen anderen Städten beabsichtigt waren, müssen nun nach diesem Richterspruch unterbleiben. Die Sozialdemokratie bedauert die Entscheidung von Karlsruhe, sieht sie doch darin eine bedenkliche Einschränkung der Meinungsäußerung durch das Volk, dem die Möglichkeit genommen wurde, in einer entscheidenden Lebensfrage seinen Willen kundzutun.

Juristisch ist der Streit zwischen Regierung und der grössten Oppositionspartei entschieden, nicht aber politisch. Der Urteilspruch von Karlsruhe schafft eine der Kernfragen der deutschen Politik nicht aus der Welt, sie besteht in unverminderter Schärfe weiter. Es ist die leidenschaftliche Überzeugung der Sozialdemokratie - und sie befindet sich hier in Übereinstimmung mit der geistigen Elite unseres Volkes - dass die von der Bundesregierung beabsichtigte Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen für unser gespaltenes Land grosse Gefahren heraufbeschwört, die Spannungen zwischen West und Ost erhöht und die Aussichten auf eine Verminderung des Rüstungswettlaufes verringert. So gesehen, kann die Entscheidung des höchsten deutschen Gerichtes nur Einfluss auf das taktische Verhalten der Sozialdemokratie als der Hauptträgerin des Widerstandes gegen die Atombombenpolitik der Bundesregierung haben, aber diesen Widerstand selbst nicht berühren. Sie führt diesen Kampf nicht, wie es die Regierung und die sie stützenden Parteien ihr unterstellen, mit dem Blick auf den Wähler gerichtet. Wahltaktische Überlegungen liegen der Sozialdemokratie fern. Eine Frage, bei der es um Leben und Tod unseres Volkes geht, eignet sich nicht als Plattform kleinlichen Parteiegezänks. Die Sozialdemokratie und mit ihr all jene tapferen Männer und Frauen - und welch glänzende Namen sind darunter - die sie darin unterstützen, sieht im Verzicht auf die Ausrüstung

der Bundeswehr mit Atomwaffen den deutschen Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Beseitigung der Furcht vor einem dritten Weltkrieg, die als Alpdruck auf den Völkern liegt.

Der Beschluss der Mehrheit des Bundestages vom 25. März hat eine Kettenreaktion ausgelöst. Andere Länder wollen nun unter Berufung auf das deutsche Beispiel gleichfalls in den Rüstungswettlauf mit atomaren Waffen einsteigen, obwohl sie sich vom Bolschewismus nicht bedroht fühlen. Liegt etwa die Schweiz, in der die Gemüter sich nun über die Zweckmässigkeit und Unzweckmässigkeit einer Ausrüstung der Schweizer Armee mit Atomwaffen entzünden, in der bolschewistischen Gefahrenzone? Die CDU empfindet zu Unrecht grosse Genugtuung und sieht darin einen Beweis für die Richtigkeit ihrer Politik, wenn nun auch andere Regierungen ihren Anspruch auf Gleichberechtigung in Atomwaffen erheben und ihn mit machtpolitischen und national-egoistischen Motiven begründen. Wird diesem Zug zur Beteiligung am Rüstungswettlauf nicht Einhalt geboten, steuert die Welt mit Sicherheit immer schneller dem Chaos und der kollektiven Selbstvernichtung entgegen.

Die deutsche Sozialdemokratie als eine dem Frieden und der Völkerverständigung verpflichtete Partei wird im Verein mit allen der Zukunft zugewandten und um die Existenz unseres Volkes besorgten Kräften sich dieser Entwicklung widersetzen. Für sie hat der Karlsruher Richterspruch nur formale Bedeutung, er entbindet sie nicht der Aufgabe, die sie sich gestellt hat: unser Volk vor den Gefahren einer Politik zu warnen, die den Frieden nicht sichert, die Wiedervereinigung unseres Landes verhindert und die Gegensätze in der Welt zuspitzt, statt sie zu entschärfen.

### Der Nobel um den Gipfel

E.A., London

Da Eisenhower und Dulles keine Gipfelkonferenz über den Mittleren Osten wollten, musste man den Gipfel zu ihnen nach New York bringen. Premierminister Macmillan sonnt sich im Augenblick in dem Gefühl, dass er die Situation so gehandhabt habe, dass ihm wenigstens in Grossbritannien das Zustandekommen einer Sondersitzung des Weltsicherheitsrates unter Anwesenheit der Regierungschefs der Grossmächte als diplomatischer und persönlicher Erfolg zugeschrieben wird. Er hat, so schmeicheln seine Anhänger, dem einmütigen Verlangen des Landes genüge getan. Der Alpdruck kriegerischer Verwicklungen, der über Grossbritannien lag, ist gewichen. Mit undurchsichtigen Erklärungen hat die britische Regierung zu erkennen gegeben, dass sie auf einer Gipfelkonferenz praktische Wege vorschlagen werde, um die britischen Fallschirmjäger aus Jordanien nach Hause zu bringen. Ja, so argumentierte man in Whitehall, wenn guter Willen auf allen Seiten gezeigt werde, so könne in den Grossmachtbesprechungen der Weg zu einer Verständigung besprochen werden, der den Westen, die Sowjets und die Araberwelt zufriedenstellen werde.

Das alles bewirkte, dass aus Harold Macmillan, der noch vor wenigen Monaten allgemein als der unbeliebteste britische Premierminister bezeichnet worden war, vorübergehend eine recht populäre Figur wurde. In Torykreisen spricht man wieder davon, dass Macmillan im Herbst Unterhauswahlen ausscheiden werde. Sie läuten die Siegesglocken zu früh. Voraussetzung eines Wahlerfolges der Konservativen wäre, dass Macmillan mit einem handgreiflichen Erfolg aus New York nach Hause käme und dass die Wirtschaftslage sich in Gefolge der amerikanischen Rezession nicht noch stärker verschlechtert.

Klarschenden Politikern sollte schon jetzt aufgegangen sein, dass wahrscheinlich bei den Gipfelbesprechungen keine Verständigungsbasis erreicht werden wird. John Foster Dulles, der widerstrebendste Gipfelsteiger, hat nach einem kurzen Abstecher in Bonn zwei Tage in London verbracht. Er hatte sich zwei Aufgaben vorgenommen. Erstens wollte er die britische Ungeduld, sich mit Chruschtschow an einen Tisch zu setzen, die übrigens gar nicht so gross ist wie sie nach aussen erscheint, mit einigen scharfen Hitzweisen zügeln. Zweitens aber kam es ihm darauf an, den Rumpfbagdadpakt beisammenzuhalten und

zu festigen, wodurch er die britisch-amerikanische Ausgangsposition für Gipfelbesprechungen festlegen möchte. Für die letzteren Absichten fand er den Boden in London recht empfänglich. Nach offizieller britischer Ansicht hat der Bagdadpakt während der jüngsten Mittelostkrise seinen stabilisierenden Wert gezeigt. Ohne das sogenannte nördliche Bollwerk, das die Araberwelt von dem Sowjetorbit fernhält, hätten die amerikanischen und britischen Landungen zu einem direkten Zusammenstoß zwischen den feindlichen Machtblöcken führen müssen. So aber mussten sich die Sowjets auf indirekte Hilfeleistung und Drohungen beschränken. Darum will London ebenso wie Washington an der Bündnisbrücke zwischen NATO und SEATO festhalten. Ein Umbenennen des Bagdadpaktes, der nach dem Ausfall von Irak über keinen Bündnissitz mehr verfügt, eine Reorganisation der militärischen und wirtschaftlichen Struktur und damit zusammenhängende Fragen sollten auf der hinter streng verschlossener Türen tagenden Konferenz im Lancaster House herauskommen.

Man braucht nur diesen einen Punkt herauszunehmen, um das Fehlen einer Verständigungsbasis zwischen den Grossmächten konstatieren zu müssen. Es ist ferner kein Geheimnis, dass Grossbritannien, unterstützt von den Vereinigten Staaten, nicht daran denkt, die Adenkolonie und die Protektorate am Persischen Golf in eine allgemeine Regelung der Mittelostverhältnisse einzubeziehen. In Kuwait, Bahrein, Qatar und in Saudiarabien, d.h. in britischen Protektoraten und im amerikanischen Einflussgebiet liegen aber die Ölreichtümer, ohne die eine Union der Araberstaaten ihre wirtschaftliche Entwicklung nicht sicherstellen könnte.

So haben sich London und Washington noch vor der Konferenz der Staatschefs auf eine Position festgelegt, die weder vom arabischen Nationalismus noch von der Sowjetunion als dauernd hingenommen werden kann. Umgekehrt hat aber der Krenkl Verhandlungspositionen formuliert, die nicht nur den Abzug der britischen und amerikanischen Landetruppen aus dem Libanon und Jordanien, sondern darüber hinaus aus der gesamten Araberwelt voraussetzen. Dadurch wird von vornherein die Verständigungsbasis auf ein so enges Gebiet beschränkt. Vom Gesichtspunkt des Weltfriedens aus gesehen aber bedeutet auch so die Grossmächtekonferenz einen Gewinn, nämlich einen Zeitgewinn. Nur müsste man den Zeitgewinn auch richtig ausnützen.

+ + +

### Der Schuss aus den eigenen Reihen

ap - Noch bevor die offiziellen Sprecher der Opposition im Landtag zur Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen am vergangenen Freitag ihre Geschütze in Stellung gebracht hatten, kam überraschendes Störfeuer gegen Dr. Meyers aus den eigenen Reihen. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Sozialausschüsse, also des für die gesamte Sozialarbeit dieser Partei zuständigen Fachgremiums, Johannes Albers, hat in aller Öffentlichkeit Beschwerde über die Zusammensetzung der neuen Regierung geführt. Dies gibt der Kritik doppeltes Gewicht.

Albers hat beanstandet, dass der neue Ministerpräsident sich bei der Bildung der Regierung über die Wünsche der CDU-Arbeitnehmerschaft hinweggesetzt habe, obwohl er sie gekannt hätte. Diese Wünsche waren rechtzeitig vom linken Flügel der CDU in Nordrhein-Westfalen angemeldet worden, sie bezogen sich auf den Wiederaufbau- und auf das Arbeits- und Sozialministerium. Als Kandidaten dafür waren in unverbindlichen Gesprächen zur Auswahl vorgeschlagen worden der Bundesgeschäftsführer der Sozialausschüsse, der Bundestagsabgeordnete Katzer, die Mitglieder des Hauptvorstandes der Sozialausschüsse Braukmann und Golücke, sowie ein führendes Mitglied der IG Nahrung und Genuss vom Niederrhein, Grundmann, den, wie es heißt, der verstorbene Karl Arnold gern mit einem sozialpolitisch wichtigen Ressort betraut gesehen hätte.

Keiner dieser Vorschläge ist berücksichtigt worden. Ernannt wurde zum Arbeits- und Sozialminister der 70jährige frühere Arbeitsminister Ernst. Gegen ihn liegen keine sachlichen Bedenken vor, aber man fürchtet, er werde vor Ablauf der Amtsperiode aus Altersrücksichten doch wieder ausscheiden müssen, und in der Zwischenzeit solle versucht werden, in aller Stille einen Kandidaten zu finden und auf sein Amt vorzubereiten, der der Grundlinie der neuen Regierung entspricht. Und die ist alles andere als repräsentativ für das, was die christliche Arbeitnehmerschaft wünscht.

Die Hauptkritik richtet sich heute gegen die Ernennung des neuen Wiederaufbau Ministers Peter Erkens, einen Mann mit langjähriger Tätigkeit in leitenden Stellungen der Industrie sowohl als Bezaehrer der Industrie- und Handelskammer in Rheydt, der nun plötzlich, zu seinem eigenen Erstaunen, als Arbeitnehmervertreter deklariert wird.

31. Juli 1958

Bei der Berücksichtigung der Wünsche des linken CDU-Flügels hätte klargestellt werden können, wie aufrichtig es die neue Regierung von Nordrhein-Westfalen meint, wenn sie in ihrer Grundsatzerklärung vom vergangenen Freitag so betonten Nachdruck auf die sozialen Notwendigkeiten in Nordrhein-Westfalen gelegt hat. Das war die Folge eines Wahlergebnisses, das der CDU durchaus das Recht gibt, zu sagen, sie sei die Repräsentation eines grossen Teiles der Arbeiterschaft zwischen Rhein und Weser. Da auch auf diesem Gebiet die Richtlinien der Politik weitgehend von Bonn bestimmt werden, kommt es in jedem Lande entscheidend auf die Auswahl der Persönlichkeiten an, die diese Richtlinien handhaben, das heisst für ihre Durchführung im Alltag sorgen.

Die Enttäuschung in den Kreisen der Sozialausschüsse und der Christlichen Gewerkschafter über die Nichtachtung, mit der sie behandelt werden, ist umso grösser, als diese Kreise zurzeit in einem besonders harten Kampf um die Ausweitung ihres Einflusses innerhalb des DGB stehen. Sie müssen darin eine sehr schädliche Entwertung ihres eigenen Anspruches sehen. Denn wie sollen sie mit Erfolg ihre Wünsche durchsetzen, wenn ihre eigenen politischen Freunde sich über ihr wohlbegründetes Anliegen mit leichter Hand hinwegsetzen?

Wie kein anderes nordrhein-westfälisches Kabinett vor ihm trägt das gegenwärtige den Charakter eines Clubs der Industriearanwälte. Nichts gegen diesen ehrenwerten Berufsstand, aber man kann fragen, ob eine Regierung, die sich fast ausschliesslich aus seinen Angehörigen zusammensetzt, so unbedingt repräsentativ für eine Bevölkerung von 15 Millionen sein kann. Der Kern der Regierung bilden die Rechtsanwälte Meyers, Sträter und Dufhues. Hinzu kommen der Rechtsanwalt Schütz und der Chefjustitiar der Commerzbank Flehinghaus sowie eben der besonders umstrittene Industrieberater Peter Erkens.

Mit welcher Konsequenz die hier angedeutete Linie verfolgt wird, geht auch aus den noch nicht ausgereiften, aber doch schon weit gediehenen Plänen hervor, die die wichtigsten politischen Beamten der Regierung betreffen. Der Chef der Staatskanzlei, der oberste Beamte der Regierung, Staatssekretär Bleibtreu, ist, trotz beschwichtigender Versicherungen des Ministerpräsidenten, mit einer Eile verabschiedet worden, die dem allgemeinen Ansehen, das dieser Mann sich erworben hat, nicht gerecht wird. Für ihn hält sich der frühere Staatssekretär Mohr bereit, der zunächst, nach

dem Sturz Arnolds vor zwei Jahren, ziemlich allgemein in Ungnade gefallen zu sein schien, für den sich auch Meyers wenig erwärmen kann, der aber auch heute noch über Einflüsse genug zu verfügen scheint, dass sich sein eigener Wunsch der Rückkehr in sein altes Amt erfüllen könnte. Seine Fähigkeiten als Verwaltungsfachmann sind unbestritten. Bezeichnend ist aber vor allem der Kampf um den als internationalen Fachmann anerkannten Staatssekretär im Wirtschafts- und Verkehrsministerium, Prof. Leo Brandt, der auch Arnolds volles Vertrauen genoss. Auch er ist von dem Wunsch der CDU-Führung, in der übrigens der Notar Johnen die treibende Kraft ist, bedroht, tabula rasa zu machen.

+ + +

#### "Ostseerundfahrt"

mu. Zwischen der Deutschen Bundesbahn, den schwedischen Staatseisenbahnen und der ostzonalen Reichsbahn ist unter Federführung der Schweden eine interessante Vereinbarung über die Einrichtung einer "Ostsee-Rundfahrt" zustande gekommen. In diesem Jahr kann man bis zum 24. August für rund 100 DM in Travemünde die Fährschiffe "Konung Gustaf" oder "Drottning Victoria" besteigen, um von dort in das süd-schwedische Hafenstädtchen Trelleborg zu fahren, das vom 4. bis zum 13. Juli seine 700-Jahrfeier begangen hat.

Dann aber dürfte der interessantere Teil der Ostsee-Rundfahrt kommen, indem man das hochmoderne schwedische Fährschiff "Trelleborg" besteigt, um damit an den herrlichen Kreidefelsen Rügens vorbei in den Ostseehafen der Zone Rostock einzulaulen. Auf der "Trelleborg" kann man erfahren, dass ein Schwesterschiff dieser grössten und modernsten Ostsee-Fähre gegenwärtig mit Hochdruck in Rostock fertiggestellt wird. Das Fährschiff kann 1500 Passagiere aufnehmen und gleichzeitig auf vier Eisenbahngleisen 40 Güterwagen verladen. Ausserdem gibt es ein besonderes Autodock mit einer Drehscheibe für 30 Automobile an Bord. Das im Bau befindliche ostzonale Fährschiff wird die moderne Fähre der Bundesbahn "Theodor Heuss" an Ausstattung und Grösse übertreffen.



Bemerkenswert ist ein Blick in den Überseehafen Rostock, jenen zentral geplanten Großprojekt der Zonenregierung. Bis 1967 soll dieser Hafen im Stande sein, den gesamten Import und Export-Überseehandel der Zone zu bewältigen, um dadurch zu einer bitteren Konkurrenz für Hamburg zu werden. Zwischen Rostock und Berlin soll ein zweites Gleis mit Anschluß an den Berliner Außenring gelegt werden. Bereits heute verkehren einige Fernschnellzüge wieder von Skandinavien nach Mitteleuropa über diese Route, und der Güterverkehr hat inzwischen das Doppelte des Vorkriegsstandes erreicht.

Allerdings, die Reise darf in Rostock und sonst auch nirgends bis Westberlin unterbrochen werden. Während man in Schweden und in der Bundesrepublik die Ostsee-Rundfahrt jederzeit unterbrechen kann, haben die Zonenbehörden nicht den Mut, einen Blick in ihr Land zu gestatten. So bleiben einem dann nur die 40 Minuten zum Umschauen in Rostock, bis der Fernschnellzug nach Berlin weiterfährt.

Das ist dann das Bittere an der ganzen Fahrt, daß einem nur der Blick über die weiten Felder Mecklenburgs und Brandenburgs bleibt, aber kein Gespräch in den früher so vertrauten Städten der Zone Güstrow, Neubrandenburg, Neustrelitz, Fürstenberg oder Oranienburg möglich ist.

Und noch eine bittere Erkenntnis kommt einem bei dieser Reise durch das geteilte Deutschland: Man benötigt zwar keine Aufenthalts- oder Durchreisegenehmigung der Zonenbehörde und braucht seinen Personalausweis nirgends vorzuzeigen. Das geschieht aber nur, weil man als internationaler Reisender der schwedischen Staatsbahnen gilt. Der Schluß der Reise, mit einem weiteren kleinen Blick hinter den Eisernen Vorhang, besteht dann in der Fahrt über Schwaneheide nach Büchen, dem schleswig-holsteinischen Zonen-grenzbahnhof.

+ + +